

Antrag 336/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Housing First heißt auch Verschuldung vorbeugen: Nachforderungen durch Krankenkassen von Wohnungslosen erlassen**

1 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im deutschen Bundestag
2 und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden
3 aufgefordert, in Zusammenarbeit mit allen zuständigen
4 Akteur*innen alle notwendigen Gesetze und Verordnun-
5 gen so zu ändern, dass Menschen, die nach einer Zeit der
6 Wohnungslosigkeit wieder eine Wohnung gefunden ha-
7 ben, alle Nachforderungen durch die gesetzlichen Kran-
8 kenkassen, bspw. aufgrund nicht gezahlter Beiträge auto-
9 matisch, also auch ohne entsprechenden Erlassantrag, er-
10 lassen werden. Dies soll der Schuldenvermeidung in der
11 Phase des Wieder-Fuß-Fassens dienen.

12

Begründung

14 Die Nationale Armutskonferenz (nak), ein Zusam-
15 schluss der in der Armutsbekämpfung und -prävention tä-
16 tigen Wohlfahrtsverbänden, bemängelt seit langem die
17 großen Hürden, auf die Menschen treffen, die versuchen
18 der Wohnungslosigkeit zu entkommen und sich ein neu-
19 es Leben aufzubauen. Ein großer Faktor dabei ist, dass
20 viele in der Zeit ihrer Wohnungslosigkeit Nachforderun-
21 gen durch die Krankenkasse angehäuft haben. Die gängi-
22 ge Praxis der erfolgreichen Arbeit der Clearingstelle in Ber-
23 lin zeigt die Verbindung von Krankenversicherungen und
24 Armutsbetroffenheit. Verschuldung ist nicht zuletzt ei-
25 ner der größten Verursacher von Wohnungslosigkeit. Eine
26 weitere oder wiederholte Verschuldung führt dazu, dass
27 das Wiedereinfinden in den Alltag mit Wohnung gefähr-
28 det werden kann und genau das sollte Priorität haben. In
29 jedem Fall ist Prävention von Armut die menschenwür-
30 digste und nachhaltigste Option, auch, wenn Beiträge ver-
31 loren gehen könnten.

32

Empfehlung der Antragskommission**Annahme und Überweisung Landesgruppe im BT (Kon-
sens)**